

Schittich, Ingrid (2012): Der Staat - Garant für Frieden und Sicherheit?

Beobachtungen und Überlegungen vor der Herbsttagung¹ von AWC Deutschland e.V.

Idee und Definition

Das handliche Politiklexikon von Schubert/Klein² kennt „den“ Staat als sauber definierten Begriff nicht. Der Staat sei, so erfahren wir dort, immer das, was wir gerade aus ihm machen. Er kann somit *„zu allen (positiven und negativen) Zwecken und Zielen gebraucht (und missbraucht) werden“*.

Bestenfalls ist der Staat ein Garant von Frieden und Rechtssicherheit, der die Menschen vor dem Rückfall in einen Kriegszustand als dem eigentlichem „Naturzustand“ des Menschen bewahrt. So jedenfalls interpretiert Thomas Hobbes, ein Klassiker der Staatsphilosophien der Neuzeit, den Staat.

Das Erscheinungsbild heute

Doch wenn wir uns die Staaten ansehen, so stellen wir fest: Sie bewahren die Menschen keineswegs vor einem „Kriegszustand“. Sie schaffen vielmehr immer neue „Kriegszustände“. Die Kriege werden heute in der Regel geführt, um politische Einflusszonen und Gebiete mit interessanten Rohstoffvorkommen abzusichern oder zu vereinnahmen. Die alten „Verteidigungskriege“ gibt es nicht mehr.

Im Westen reden die jeweiligen politischen Klassen ihren Bürgerinnen und Bürgern ein, ihr Staat müsse anderen Staaten irgendwo in der Welt Demokratie und Recht und Freiheit bringen, und das gegebenenfalls militärisch abgesichert. Tatsächlich aber geht es um Macht, Einfluss, Ressourcen, Transportwege, Zugang zu Wasser. Kriege werden in unserer Zeit von Geheimdiensten und Militärs regelrecht konstruiert. „Militärisches Eingreifen“, also Krieg, wird den Menschen von Werbefachleuten in Werbekampagnen für die unrechte Sache schmackhaft gemacht.

Und immer wieder gehen junge Menschen als Soldatinnen und Soldaten gutgläubig in die Länder, die die Mächtigen für sich erobern wollen - mit dem Risiko der lebenslangen Traumatisierung, der Verletzung, des Sterbens, und immer in blindem Glauben an die Macht der Gewalt.

Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien: Tote, Verwundete, zerstörte Städte, verwüstete Landschaften. Die Bilder gleichen sich.

Afghanistan z.B. ist ein Land, das eigentlich nur Kriegszustände kennt. In der englischen Kolonialzeit einer fremden Besatzungsmacht unterworfen, dann durch die Sowjetunion besetzt, dann durch westliches Militär bekriegt - ist es ein Wunder, dass fremde Soldaten eben nicht als Freunde betrachtet werden? Oder Irak, dessen autoritärer Premierminister Saddam Hussein vom Westen Jahre lang gehalten wurde, das angeblich ein erschreckendes Arsenal an Massenvernichtungswaffen besaß, es aber letztlich nie hatte... die Reihe der Kriegslügen ließe sich fortsetzen.

¹ „Staaten in der Krise - Schlägt die Stunde der Zivilgesellschaft?“, Überlingen, 14./15.09.2012

² Schubert, Klaus/Klein, Martina (2011): Das Politiklexikon. Begriffe. Fakten. Zusammenhänge. (Von der Bundeszentrale für politische Bildung empfohlen)

Die Kriege der Mächtigen, die nie die Kriege der Menschen sind, sind immer Unrecht und setzen anderes Unrecht in Gang.

Illegaler Waffenhandel

Der Waffenhandel wird deutlicher als je zuvor von der Politik in Deutschland gewollt und zum blühenden Geschäft gemacht. Niemand scheint sich mehr um die einstmals streng eingeforderte Legalität von Waffengeschäften zu scheren. Diese Legalität bestand darin, dass Waffen dann nicht exportiert werden dürfen,

„wenn die Gefahr besteht, dass die Kriegswaffen bei einer friedensstörenden Handlung, insbesondere bei einem Angriffskrieg, verwendet werden.“³

Der deutsche Staat, vertreten durch seine Regierung, geht z. Zt. offiziell und schamlos tief in die Illegalität hinein, wie nicht zuletzt der geplante Verkauf der Leopard-Panzer an Saudi-Arabien und andere Länder zeigt. Der Tod ist wahrlich immer noch ein Meister aus Deutschland. Das internationale Kriegsgeschäft - ob mit Staatsarmeen oder mit Akteuren im militärischen Untergrund - wird von deutschen Waffen geradezu überschwemmt. Die politische Klasse, die diese todbringenden Geschäfte akzeptiert, fördert und in ihre Staats-Ideologie integriert, macht sich der Mittäterschaft schuldig.

Illegaler Waffentransport

Der illegale Waffentransport ist dabei ein bemerkenswertes Kapitel für sich. Untersuchungen des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI zeigen, dass der illegale Transport von Waffen und Rüstungsgütern z.B. auf See ein Kinderspiel ist. Die Kontrollen an den Häfen sind lax und haben allenfalls symbolischen Charakter⁴. Auffällt, dass die Schiffe, welche illegale Güter - neben Waffen auch Drogen - transportieren, zu 60 % zu Reedereien in Europa und in NATO-Staaten gehören. Spitzenreiter ist Deutschland mit einem Anteil von 19,5 % an den entdeckten illegalen Waren.⁵ Der deutsche Staat macht sich auch hier durch seine laxen Kontrollen der Mittäterschaft schuldig.

Die vergessenen Menschen

In allen Staaten, in denen Krieg oder kriegsähnliche Zustände herrschen, werden die Menschen, die dort leben oder leben wollen, von ihren Staaten vergessen. Sie zählen nicht. Mouna Ghanem, Mitglied des Vorstandes der Bewegung „Den syrischen Staat aufbauen“ und aktiv beim Aufbau einer „Demokratischen Plattform für die Rechte der Frauen“ wurde kürzlich zum Angriff auf das Zentrum der nationalen Sicherheit Mitte Juli in Damaskus befragt. Auf die Frage, wer nach ihrer Auffassung die Opfer des Anschlags seien, sagte sie:

³ Kriegswaffenkontrollgesetz, §6. Zitiert nach <http://de.wikipedia.org/wiki/Kriegswaffenkontrollgesetz>

⁴ Eine traurige Bilanz zieht Hugh Griffiths (SIPRI) in einem Tagesschau-Beitrag vom 30. Januar 2012. Quelle: <http://www.youtube.com/watch?v=KZNDMVnkdrI>, dort ab min. 12:12

⁵ Die Autorin lernte Hugh Griffiths im April 2012 während eines Briefings bei der UNO in Wien persönlich kennen. Dort stellte er weitere Erkenntnisse von SIPRI zum illegalen Waffenhandel vor, so auch zum mühelosen illegalen Transport durch Flugzeuge. Das Briefing beschäftigte sich im Schwerpunkt mit Strategien zur Eindämmung des illegalen Waffenhandels.

„Die Opfer sind natürlich erst einmal die Personen, die bei dem Anschlag getötet oder schwer verletzt wurden. Aber ja, das syrische Volk hat von Anfang an verloren. Und keiner der Akteure in diesem Konflikt nimmt Rücksicht auf die Interessen und die Lage der Bevölkerung. In Syrien erleben wir eine Art kleinen dritten Weltkrieg, das Volk und das Land sind die Verlierer. Wir können nur hoffen, dass das nicht lange dauern wird.“⁶

Oder schauen wir nach Afrika. In vielen Gebieten dort sind die Menschen nicht mehr Bürger oder Bürgerinnen eines - „ihres“ - Staates. Sie reihen sich ein in die namenlosen Flüchtlingsströme, die jenseits der Grenzen ihres ehemaligen „Staates“ dahinvegetieren, in Ghana, in Sierra Leone, auch wieder in Liberia und anderswo. Von dort werden sie vielleicht irgendwohin weiter verschoben, wenn die Anzahl der Flüchtlinge in einem Land zu groß geworden ist. Viele sterben bei ihrer verzweifelten Flucht in einen vermeintlich sicheren Westen auf überfüllten, sinkenden Schiffen.

In ihren Heimatländern kämpfen derweil die sog. Kriegsherren in aller Ruhe und in aller Brutalität um die Macht in einem der sich von Menschen entleerenden Staaten. Was ist dann noch „Staat“ an einem solchen Staat? Mit ihren ehemaligen Bürgerinnen und Bürgern haben diese Staaten jedenfalls kaum mehr etwas zu tun. Die vegetieren an fremden Orten dahin.

Alltag im sicheren Westen

Und wir im sicheren Westen, in unseren Demokratien? Was haben wir mit unseren Staaten zu tun, was bedeuten sie uns, wie reichen sie in unserer Alltag hinein? Sind wir etwa auch Vergessene wie die Menschen in unseren angedeuteten Beispielen?

Wir scheinen dazu verurteilt zu sein - jede und jeder auf einem kleinen trockenen Plätzchen in einer täglichen medialen Sturzflut - das Treiben derer, die die Staaten bewegen, eher machtlos und apathisch zu verfolgen. Vielleicht zu ahnen, dass wir von den Medien abhängig sind und diese wohl nicht immer mit der nötigen kritischen Klarheit und Ausdauer berichten. Vor wenigen Tagen z.B. wurde mir im Morgenmagazin der ARD die aufregende Nachricht übermittelt, dass der Dienstkater Larry im britischen Regierungssitz Downing Street Nr. 10 seine erste Maus gefangen hat. Das hatte der Dienstkater bisher nicht getan.

Ich erfahre aber überhaupt nichts darüber in den Medien - zumindest nicht mit der angemessenen Intensität - dass heutzutage 2,4 Millionen Menschen, Männer, Frauen und - das Schlimmste - auch Kinder moderne Sklaven sind und Ware im internationalen Menschenhandel⁷. Dieses Geschäft ist ungefähr 32 Milliarden USD schwer und läuft in nahezu jedem Land der Welt ab. Diese Menschen schützt kein Staat, auch keine Demokratie, selbst wenn sie in einer Demokratie leben. Dabei sehen wir Bürgerinnen und Bürger dem Weltgeschehen auch hier in dieser auf Ohnmacht gegründeten Gleichgültigkeit zu. Gegen das organisierte Verbrechen können wir - wieder einmal - nichts tun.

⁶ junge Welt, Nr. 174 vom 28./29. 07.2012, S. 3. Artikel online: <http://www.jungewelt.de/2012/07-28/052.php>

⁷ UNDOC, United Nations Office on Drugs and Crime, 2012

Marktkonforme Demokratie

Wir kennen auch die Gewissenlosigkeit von Konzernen, die die Natur und die Umwelt bei uns und vor allem in anderen Ländern und Kontinenten profitgierig ausbeuten und unseren Planeten insgesamt zerstören. So erfahren wir -wieder nur ein Beispiel von unzähligen - von der Aktion Rettet den Regenwald⁸ über einen anderen Teil der Welt, über Honduras:

„In Honduras protestiert die Bevölkerung gegen die wachsenden Palmölplantagen auf ihrem Land. Auf Geheiß der Konzerne terrorisieren bewaffnete Banden die Menschen; Dutzende wurden ermordet. Und die ökologisch wichtigen Feuchtgebiete an der Karibik-Küste und im Tal des Aguán-Flusses werden für die Monokulturen trockengelegt.“

Wir wissen, dass die Staaten den Konzernen nicht in den Arm fallen werden. Denn bekanntlich tritt ja auch die Bestimmerin der Richtlinien der Politik in unserem Land, Frau Merkel, für eine „marktkonforme Demokratie“ ein. Deutlicher kann man eigentlich nicht sagen, dass man die Politik den Konzernen überlassen hat und weiterhin überlassen wird.

Hunger in der Welt - die eisige Normalität

Ebenso müssen wir zusehen, wie der Hunger in der Welt regelrecht produziert wird, wie mit Agrarrohstoffen spekuliert wird, wie Nahrungsmittel zu Treibstoffen mutieren und dadurch anderswo Lebensmittel fehlen. Einige Banken rücken zwar allmählich von der Spekulation auf Grundnahrungsmittel ab, andere halten an der Hardliner-Linie fest wie die Allianz Global Investors und die Deutsche Bank. Bei denen, die von dieser widerwärtigen Spekulationspraxis abrücken, ist z.B. die Landesbank Baden-Württemberg⁹. Aber sie war offenkundig und unwidersprochen bei den Spekulanten dabei. Miteigentümerin dieser Landesbank ist das Land Baden-Württemberg, in der Theorie also wir Bürgerinnen und Bürger hier im Südwesten.

Es ist unbestritten, dass Börsenspekulationen mit und Wetten auf Grundnahrungsmittel einen unmittelbaren Einfluss auf die Nahrungsmittelpreise besonders in den ärmeren Ländern haben. Und es ist weiter unbestritten, dass höhere Preise die Hungersituation der jetzt schon eine Milliarde weltweit hungernden Menschen drastisch verschärfen. Hungerkatastrophen werden auch mit schöner Regelmäßigkeit vorausgesagt, aber niemand bereitet wirksame Lösungen vor. Politische Konzepte und politisches Handeln gelten, so scheint es, nur bis zur jeweils nächsten Wahl.

Jean Ziegler schreibt in seiner nicht-gehaltenen Festspielrede 2011: „alle fünf Sekunden verhungert ein Kind unter zehn Jahren“ und weiter: „...dass die Weltlandwirtschaft in der heutigen Phase ihrer Entwicklung problemlos das Doppelte der Weltbevölkerung normal ernähren könnte.“ Und er zieht die Schlussfolgerung: „Es gibt keinen objektiven Mangel, also keine Fatalität für das tägliche Massaker des

⁸ Rundmail vom 06.09.2012

⁹ „Wetten auf den Hunger“, Südkurier, Nr. 197 vom 25.08.2012, S.8.

Hungers, das in eisiger Normalität vor sich geht. Ein Kind, das an Hunger stirbt, wird ermordet.“¹⁰

Wer sind die Mörder, wer ihre Helfershelfer, wer ihre Handlanger?

Mit Ängsten allein

Verdienen Staaten, die eine solche Politik zulassen, die eine solche Politik nicht mit allen Mitteln bekämpfen, sondern betreiben und unterstützen, das Vertrauen der Menschen? Sind wenigstens Demokratien mit ihren Verfassungen und rechtlichen Regelungen sichere Garanten für ein ethisch begründetes politisches Handeln? Offensichtlich nicht.

Auch Demokratien lassen ihre Bürgerinnen und Bürger mit ihren Zukunftsängsten allein: Mit der Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, mit der Angst vor der globalen Vernichtung der Natur, mit der Angst davor, dass die Lebensgrundlagen für nachfolgende Generationen zerstört werden, mit der Angst der Jugendlichen um ihre Zukunft, mit der Angst der Älteren um ihre eigene Zukunft und um die ihrer Kinder und Enkel. Mit der Ohnmacht.

Wenn solche Ängste das Leben von Bürgerinnen und Bürgern bestimmen, wenn diese Ängste aber auf die Gleichgültigkeit der Mächtigen in Wirtschaft und Politik treffen, dann stellt sich unausweichlich die Frage: Welchen Wert hat der Mensch, der einzelne Mensch in unseren Staaten? Wir müssen der Tatsache ins Auge blicken: Der Mensch an sich scheint bei uns keinen Wert zu haben. Ebenso wenig wie der Mensch in Entwicklungsländern oder der in Schwellenländern, denn sonst hätten westliche Länder diesen Menschen längst sinnvoll und effektiv durch ein anderes Wirtschafts- und Konsumverhalten in ihren eigenen Ländern geholfen.

Wir haben gesehen: Das Fehlen ethischer Überzeugungen lässt Staaten und ihre politische Klasse zu Mittätern und Komplizen werden, die am Tod anderer Menschen Schuld tragen, die soziale Bedingungen hinnehmen, die für die meisten Menschen gelingendes Leben nicht erlauben. Gelingendes Leben findet in der Regel nur in einem betäubenden Freizeitwahn statt, der durch Medien, Werbung und Selbsttäuschung inszeniert wird.

Untertanen und trotzdem frei

Das Leben der Menschen in den reichen Staaten des Westens ist weitestgehend dem Profit- und Gewinnstreben der Mächtigen untergeordnet. In der Hektik des Alltags und dem erschlagenden Überangebot an Produkten hat man keine Zeit, kritische Käuferin oder kritischer Käufer zu sein. Wer fragt nach, ob Materialien mit Giftstoffen belastet sind, wer denkt an die Leiden der Tiere, bis sie als appetitlich dekoriertes Stück Fleisch hinter der Theke liegen, wer denkt nach über ausbeuterische Produktionsformen oder fragt bei dem Kauf von Fisch, ob man durch den Kauf das Überfischen der Meere fördert. Ob der Vielzahl möglicher Folgen eines unbedachten Kaufverhalten ist der populäre gemeinsame Nenner die Resignation: Man könne ja bald gar nichts mehr kaufen, wenn man all das bedenken sollte.

Aber es gibt auch die anderen, die nicht an einem Überangebot leiden, sondern die z.B. auf die sog. „Tafeln“ angewiesen sind. Es ist schandbar und unwürdig, dass Menschen in reichen Staaten sich nicht durch ihre Arbeit ernähren können. Was bei

¹⁰ Ziegler, Jean (2011): Der Aufstand des Gewissens. Die *nicht*-gehaltene Festspielrede. S. 5.

diesen Tafeln passiert, ist wie eine kleine, aufkeimende Pflanze in den Steinwüsten der Städte. Die Not ist hautnah, und Bürger und Bürgerinnen können hautnah eingreifen und helfen. Hier entsteht ein gewisses zivilgesellschaftliches Handeln. Was leider dabei nicht so sehr entsteht, ist der politische Druck, solche soziale Not anzuprangern und sie politisch anzugehen. Es entsteht kein Bewusstsein dafür, dass hier die Menschenwürde verletzt wird, es entsteht nicht der Ruf nach Veränderung. Die Arbeit der Tafeln zementiert so eigentlich die Verhältnisse, aber es entsteht ein Mit-Erleben mit dem Anderen, es entsteht Empathie und persönliche Betroffenheit.

Diese Erfahrungen lassen sich auch auf die „Anderen“ übertragen, die in entfernteren Regionen des Erdballs leben. Empathie kann die Ohnmacht manchmal vergessen lassen und neue emotionale und sozialpolitische Felder eröffnen. Empathie eröffnet das Gefühl für Menschenwürde und deren Verletzung.

Für Jürgen Habermas ist Menschenwürde ein genealogischer Begriff, d.h. ein Begriff, der eine „kämpferische Dynamik der Empörung“ generiert und so letztlich die notwendige Voraussetzung schafft, die Menschenwürde als ein Menschenrecht zu institutionalisieren. Die „kämpferische Dynamik“ die durch ein Gefühl entsteht, kann dann in ein einklagbares Recht münden.¹¹

Grundlinien der Veränderung

Wenn wir heute auch noch weit davon entfernt sind, dass Bürgerinnen und Bürger in ihren Staaten eigenständig wirkungsvoll agieren und wirksam vernetzt den Profitkartellen Paroli bieten, sind doch schon einige Grundsteine für eine andere Sichtweise, ein Aufbegehren gegen die Verhältnisse, gelegt. NGOs (Nichtregierungsorganisationen) vernetzen sich zunehmend global, so dass ein neues Bewusstsein und Selbstbewusstsein von Individuen und Gruppen entsteht.

Man subsumiert sich nicht mehr nur unter anonymisierenden Sammelbegriffen wie „Deutsche/Deutscher“, man gehört z.B. nicht mehr zu der anonymen Masse von Menschen, die den Leopard nach Saudi-Arabien verkaufen wollen, man bereitet als „Deutsche/Deutscher“ nicht mehr mit den Mächtigen den nächsten Krieg vor. Man ist der oder die Einzelne, die mit anderen eigenständigen Menschen überall auf der Welt ein Kartell gegen Kriegswaffen bildet.

Man ist der Mitbürger oder die Mitbürgerin der Menschen, die mit diesen Waffen umgebracht werden sollen. Das so entstehende Bewusstsein, eben nicht allein und ohnmächtig einem - „seinem“ - Staat ausgeliefert zu sein, sondern Bindungen über die politisch gesetzten Grenzen hinaus zu haben, gibt ethischen Grundlegungen Raum und hilft dabei mit, die aufgeblähten Staatsegoismen abzulösen. Es ist nicht mehr hinreichend sinnvoll mit jemandem solidarisch oder innerlich verbunden zu sein, weil er oder sie z.B. Deutsche/Deutscher ist. Es entsteht allmählich eine Ahnung davon, dass es - und zwar ausschließlich - sinnvoll ist, mit denen solidarisch und verbunden zu sein, die ethische Grundüberzeugungen mit uns teilen. Egal, wo sie leben, egal, welche Hautfarbe sie haben, egal, welcher Weltanschauung oder Religion sie anhängen.

Die wohl wichtigste dieser gemeinsamen ethischen Grundlagen ist die Menschen-

¹¹ Habermas, Jürgen (2011): Zur Verfassung Europas. Ein Essay. S. 10.

würde, von der wir eben schon gesprochen haben. Wir finden das Wort allenthalben in Verfassungen und in Dokumenten. Jeder Mensch hat heute schon - allerdings nur in der Theorie - eine unverzichtbare, keine Ausnahmen zulassende Würde, und jeder Mensch hat das Recht auf ein Leben in Würde.

Wir Bürgerinnen und Bürger selbst können und müssen den hier und anderswo ihrer Würde beraubten Menschen ihre Würde zurückgeben. Wir können uns nicht auf Institutionen wie auf den althergebrachten Staat und auf die Mächtigen in einem solchen Staat verlassen, wir können nicht auf sie warten.

Wir müssen selbst etwas tun, mit den Menschen zusammen, die ebenfalls für ihre Würde und die Würde der Anderen eintreten. Sprache, Ethnie, Nationalität, das alles wird unwichtig, denn die eigene Würde schließt die Achtung der Würde des Anderen mit ein. So können wir gemeinsam kämpfen für eine Welt, in der jeder Mensch in Würde leben kann. In der jeder Mensch das Recht auf Leben hat. In der kein Flüchtling auf einem überfüllten Boot ertrinkt. Denn Raum ist auf unserem Planeten für alle da, Nahrung ebenfalls.

Dieser Entwurf ist keine Utopie, er ist das, was Vernunft und Klugheit gebieten. Natürlich gibt es noch viele ungelöste Probleme. Viele Fragen bleiben offen, die Rolle, der Rechtsstaatlichkeit ist neu zu bedenken, die Rollen von Staat und Nation sind zu hinterfragen. Zu fragen ist, ob eine reformierte UNO zu Konfliktlösungen kommen kann, die die Interessen der einzelnen Menschen im Blick hat und nicht die von Staaten, wie bisher. Die Frage stellt sich, ob es einmal eine Weltinnenpolitik in einem pazifistischen Weltstaat geben wird.

Probleme bleiben, aber das Kostbare der Gegenwart sind allein schon unsere Fragen und unser Wille zur Veränderung. Nur diese helfen uns, die Lähmung der Ohnmacht abzuschütteln. In den NGOs sammelt sich heute schon ein außerordentliches Fachwissen, sammeln sich Ideen und Handlungsmodi, die so noch nicht gedacht wurden und die so noch nicht die Welt bestimmt haben. Und es sammeln sich ethische Werte, die an Bedeutung gewinnen. Es besteht Hoffnung. Der Anfang dieses Weges erscheint durch viele kleine und große Fehler und Missverständnisse holprig. Aber er ist der Anfang eines Weges, den man guten Gewissens gehen kann.

Die Autorin ist 1. Vorsitzende von AWC Deutschland e.V. und akkreditierte NGO-Vertreterin des Dachverbandes von AWC bei der UNO in Wien.

> *Hinweis für Leserinnen und Leser, die über eine Suchmaschine oder einen Link zu dieser Seite gekommen sind. Sie befinden sich hier: www.worldcitizens.de .*